

Ulrich Knaudt:  
Der Knoten ist geplatzt

Brainstorming zur Lektüre von Sahra Wagenknecht: *Die Selbstgerechten*  
vorgetragen auf dem Arbeitstreffen von partei Marx und communist correspondence blog  
(24.-25.07.2021)

## Der Ausgangspunkt:

Der Ausgangspunkt: eine relativ belanglose Passage im Zweiten Teil von Wagenknechts Buch, worin sie die revidierte Fassung des WASG-Programms aus den Zweitausend Nuller Jahren wiederaufbereitet, nachdem sie im Ersten Teil ihre Kritik an der Lifestyle-Linken ausgebreitet hat als pressewirksam aufbereitetem Versuch, mit der Kulturrevolution der ,68-er' endgültig abzurechnen. Passagen in einem Buch mit relativ belanglosen und weithin bekannten Überlegungen eines Autors verleiten den Leser gerne dazu, die eigenen Gedanken woanders spazieren zu führen, im Extremfall, bis das Buch beiseite gelegt wird... Ich muß zugeben, daß ich den Ersten Teil anfangs viel zu ernst genommen habe, so als ließen sich daraus wichtige Überlegungen zum Genderismus der westlichen Linken ableiten, mit denen man sich grundsätzlich auseinandersetzen muß (was mich u.a. dazu verleitete, Stalins *Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft* erneut zu studieren. Was, wie sich zeigte, keine reine Zeitverschwendung war). Der Erste Teil von *Die Selbstgerechten* trägt einen eher feuilletonistischen Charakter, während der Zweite Teil ans Eingemachte geht; vor allem, wenn man sich den politischen Hintergrund der Autorin vor Augen führt. Auf den Seiten 252 f., bei denen mir schließlich der Kragen platzte, wurde mir schlagartig klar, daß ich mich in einem Irrgarten befinde, aber auch, wo der Ausgang zu suchen ist.

Zu beginnen ist mit einer relativ belanglosen und eher einschläfernd wirkenden Passage unter der Unterüberschrift: »**Meinungsmacht, Filterblasen und gekaufte Wissenschaft. ... Die Diskursräume...**«

Was habe ich mir konkret unter »**Filterblasen**« vorzustellen...?

...seien enger geworden. Ursache sei das Monopol der westlichen Netz-Monopolisten, Google, Facebook, Twitter und Co., die die Macht haben, »**unbotmäßige Inhalte einfach zu löschen**«.

Sie sind nun aber mal die Eigentümer dieser Web Sites, auf denen sie die Vorlieben ihrer Besucher und Konsumenten in Nachrichten, Infos, Meinungen etc. eintauschen. Und dabei eine Rückwirkung herstellen, die die Printpresse nur über längeren Umwege herzustellen vermag.

Der Unterschied zwischen solch »**illiberalen Praktiken**« und staatlicher Zensur bestehe laut SW darin, »**daß heute nicht der Staat, sondern private Internetmonopolisten entscheiden, was geäußert werden darf und was nicht**«. (253)

Außerdem muß ich meine kostbare Zeit ja nicht unbedingt auf *Face Book* verbringen. Wenn mir aber nun mal nach einem Zehnstudentag nichts Besseres mehr einfällt als mich auf das Internet einzulassen, weiß jeder, der nicht völlig naiv ist, daß es sich bei den allermeisten medialen Angeboten um billigen Ersatz für soziale Kommunikation handelt, zu der es aber in bestimmten Situationen zunächst nun mal keine Alternative gibt.

Ein herausragendes Beispiel für die Herausforderung staatlicher Macht durch die Internet- Monopole sei gewesen, Trump auf Twitter den Stöpsel zu ziehen. Die große Macht, die Privatfernsehen, Social Media, Filterblasen usw. über uns haben, bedeute, daß die »**Auseinandersetzung mit gegensätzlichen Ansichten dadurch immer weniger statt(findet), was ech-**

**ten demokratischen Meinungswettbewerb ebenso untergräbt wie ein allgemeines Wir-Gefühl, das für die Gestaltung demokratischer Politik und die Akzeptanz demokratischer Entscheidungen unerlässlich ist».**

Das ist der Übergang von dem im **Ersten Teil** des Buches, »**Die gespaltene Gesellschaft und ihre Freunde**«, verströmten Sozialkitsch zu dem im **Zweiten Teil**, »**Ein Programm für Gemeinsamkeit, Zusammenhalt und Wohlstand**«, ausgebreiteten sozial-demokratischen Politkitsch. Ja, die »**Diskursräume**« sind enger geworden! Und zwar a) im Vergleich zu ‚1968‘ und b) wegen der Zunahme der Konkurrenz zwischen den Diskursteilnehmern, vor allem aber auch, weil c) zwei ursprünglich voneinander isolierte »**Diskursräume**« der miteinander bis aufs Messer konkurrierenden deutschen (Teil-)Staaten sich nun plötzlich in einem einzigen »**Diskursraum**« zusammendrängen und dabei einander ständig auf die Füße treten.

Dazu Historisches: Hinzu kommt, daß für SW die aktuelle post-‘sozialistische‘ Welt ausschließlich aus ihrer ‚westlichen‘ Hälfte besteht, während die andere Hälfte – die vergangene ‚sozialistische‘ Welt, die nicht vergehen will – bei ihr nur noch als Phantomschmerz lebendig geblieben ist, daß aber der von dieser Welt konkret übrig gebliebene Horror nicht beim Namen genannt wird. Namen wie Rußland oder DDR kommen ihr einfach nicht über die Lippen. Als Monopolisten, siehe die Internetmonopolisten, werden von ihr immer nur die ‚westlichen‘ Monopolisten angeklagt. Was sich östlich der ukrainisch-russischen Grenze oder süd-östlich des Ussuri bewegt, weiß der Geier... Hier platzte mir endgültig der Kragen, aber gleichzeitig auch ein Knoten, dessen Verschlingungen sich grob so darstellen:

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands‘ war vor 1989 und bis zum Tod Stalins (1953), unter dem ‚westlichen‘ Label als ‚Wiedervereinigung‘, eine gemeinsame Forderung von BRD *und* DDR gewesen – wenngleich beide Seiten völlig Verschiedenes darunter verstanden –, eine Forderung, die aber dann vonseiten der DDR mit Beginn der ‚Entstalinisierung‘ ihre ursprüngliche Bedeutung u.a. durch den ‚Wandel durch Annäherung‘ verlor. SW argumentiert hier als typische Vertreterin der Wessi-Linken, die in den 60er Jahren die von der DDR im Verlauf der ‚Entstalinisierung‘ Stalins in das politische Kleingeld der Ulbrichtschen ‚Zwei-Staaten-Theorie‘ eingewechselte ‚Nationale Frage‘ getreulich übernommen hatte. Auch paßten in den Augen der marxistischen 68er Wessi-Linken die ‚Zwei-Staaten-Theorie‘ und der auf dem 20. P[artei]T[ag] der KPdSU(B) beschlossene ‚Chruschtschow-Revisionismus‘ durchaus zusammen. Im *Unterschied* zu einigen wenigen marxistisch-leninistischen Stalin- plus Mao-Anhängern – von einem *Gegensatz* wäre eher nicht zu reden –, einer radikalen Minderheit von ‚stalinistischen Maoisten‘, die in der Kombination des ‚Chruschtschow-Revisionismus‘ mit der ‚Zwei-Staaten-Theorie‘ ein typisches Anzeichen für die ‚revisionistische Entartung‘ des Stalinschen Sozialismus zum ‚modernen Revisionismus‘ erkannt zu haben meinten.

Oskar Lafontaine als Wanderer zwischen den Welten, muß 1989, als der SED-Staat fast geräuschlos kollabiert war, aus allen Wolken gefallen sein. Seine Reaktion als sozialdemokratischer Wessi-Linker und als Regierungsmitglied auf die nun folgende ‚Wiedervereinigung‘ bestand zwar auch in der Ablehnung der kapitalistischen ‚Wiedervereinigung‘ (wenngleich auch nicht im Veranstanlten von alternativen Montagsdemonstrationen), sondern vor allem in der Gründung einer Wessi-Arbeiterpartei = **Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit**, die sich schließlich mit der SED-Nachfolgerin PDS zur Partei Die Linke vereinigte: eine Namensgebung, mit der die ‚Studentenbewegung‘ ebensowenig wie die spontane Rebellion der Industriearbeiter in den Septemberstreiks (1969) gegen den

westdeutschen Kapitalismus assoziiert werden konnten.

Als vehemente Verfechterin der Wissenschaftsfreiheit und der Demokratie ist SW gegen »**gekaufte Wissenschaft**« und gegen »**Wissenschaftler als getarnte Finanzlobbyisten**. ... So behalten sich die Finanziers in der Regel die Entscheidung vor, ob eine Studie am Ende das Licht der Öffentlichkeit erblicken darf, und das tut sie natürlich nur, wenn die Resultate dem Auftraggeber genehm sind.«

Dieser wohlfeilen Kritik an dem von den großen Firmen gesponserten Wissenschaftsbetrieb wäre entgegenzuhalten, daß der Ausgleich der Profitrate im Durchschnittsprofit als gerechte Verteilung des von den Einzelkapitalen erzeugten Mehrwerts ebenso, wie die von der akademischen Intelligenz im ‚friedlichen Wettbewerb‘ – mit Haken und Ösen – praktizierte Wissenschaftsfreiheit zu den elementaren Voraussetzungen für das Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise gehören.

#### »Allein das ist ein skandalöser Druck.«

Was wäre denn die Alternative zum kapitalistischen Wissenschaftsbetrieb? Die ‚Orbanisierung‘ der Unis oder deren Putinisierung analog zum Wissenschaftsverständnis eines Donald Trump oder gar ‚die Freiheit der Wissenschaft‘ nach den orientalisch-despotischen Vorstellungen der KP China, das häufig in der wissenschaftlichen, aber auch nicht selten der physischen Vernichtung von abtrünnigen Lehrenden und Lernenden gipfelt?

SW begreift die ‚westliche‘ Demokratie und die *rule of law* nicht als notwendige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des nach den Gesetzen der Konkurrenz im *anti-staatsmonopolistischen*, ‚westlichen‘ Kapitalismus, (dem aber, wenn alle Stricke reißen, der Staatsmonopolismus im Zweifelsfall nicht absolut fremd bleibt), SW stellt sich vielmehr die Frage: »... **wie sollen auf einer derart durch Geschäftsinteressen verzerrten Datengrundlage seriöse politische Entscheidungen getroffen werden, zumal von Politikern, die selbst keine Experten sind?**«

In Tschernobyl ist ein Atomkraftwerk explodiert; dafür wurden in Deutschland die AKWs abgeschaltet. Entsprach diese Entscheidung der Bundesregierung eher der Logik des Kapitals oder privaten »**Geschäftsinteressen**« oder vielleicht beidem? Wäre der kapitalistische Stamokap dann auch die Alternative zum aufzuhebenden sozialistischen Staatsmonopolismus? So wie nach Abschaffung des Kapitalismus durch den sozialistischen Staatsmonopolismus, der Sozialismus nur so weit am Leben erhalten wird, wie er vom Kapitalismus nicht aufgefressen werden kann?

#### »Für den demokratischen Diskurs ist es tödlich, wenn keine halbwegs neutralen Instanzen mehr existieren, denen die Menschen grundsätzlich vertrauen können.«

Vielleicht per Gründungsakt einer Partei der Aluhüte? Zum »**demokratische(n) Diskurs**« gehört normalerweise auch die Lösung des: ‚et altera pars‘. Doch dieser ‚andere Teil‘ ist bei SW nirgendwo auffindbar, jedenfalls nirgendwo jenseits der sich in ihrer ‚Zwei-Staaten-Theorie‘ verbarrikadierenden linken Welt.

Ein typisches Beispiel für diese monolithische Welt (in der es immer nur die eine Seite gibt), ist SW.s Rezeption der Kritik der Ordo-Liberalen am Monopolkapitalismus, den sie auf dessen ‚westliche‘ Auswüchse einschränkt und den Staatsmonopolismus des N[ational-]S[ozialismus]

und der S[owjet]U[nion] unter den Tisch fallen läßt. Gestützt darauf propagiert sie eine **Marktwirtschaft ohne Konzerne** plus Gemeinwohl und minus Kommerzialisierung: „**Die Thesen der Ordoliberalen wurden von der Geschichte immer wieder bestätigt.**“

Hier sollte die westliche Linke, deren typischer Vertreter SW ist, doch auch die *ganze* Geschichte erzählen und nicht weglassen, was ihr daran peinlich ist. SW.s einseitiges Interesse am Ordoliberalismus ist ein weiteres Indiz dafür, daß der Widerspruch zwischen dem ‚westlichen‘ Kapitalismus und dem östlichen Staats-Monopolismus (wozu die Verschmelzung des russischen Staats mit der Mafia, und umgekehrt, gehört) zum globalen Hauptwiderspruch des 21. Jahrhunderts geworden ist.

Inzwischen ist auch für die KPCh der Stamokap zum Weltherrschaftsinstrument geworden. Die Frage wird sein, wer sich wem anpassen wird: die Stamokap-Multis den Bill-Gates-Multis, die »**über unerschöpfliche Geldmittel (verfügen), um sich Politik, Wissenschaft und öffentliche Institutionen zu kaufen**« oder wie bisher die entnervte Neue Bourgeoisie an den ‚westlichen‘ Kapitalismus? (Was letzteren Fall betrifft, habe ich arge Zweifel!)

Das würde auf die innerdeutschen Relationen heruntergerechnet heißen, daß die westliche Bourgeoisie, die all das, was der borussifizierte SED-Staat unter Verwendung von Zwang und (Gesinnungs-)Terror hat erreichen wollen, laut SW immer wieder nur mit Geld erreicht wird, aber irgendwann das Handtuch werfen muß, weil das Geld alle ist?...

So weit meine impressionistischen Randnotizen zu SW.s Buch. Es folgen einige skizzenhafte und unzusammenhängende Schlußfolgerungen nach dem ‚Platzen des Knotens‘:

Während die Partei Die Linke sich im Osten Deutschlands ihre Wähler mit der AfD teilen muß und *beide* mit verteilten Rollen die CDU (die für das ‚westdeutsche Kapital‘ die ‚Wiedervereinigung‘ politisch gedeichselt hat) in die Zwangslage versetzen wollen, entweder mit der AfD zu fusionieren oder einzelne AfDler skandalträchtig bei sich aufzunehmen – von daher die allergische Reaktion aus der CDU auf die Eskapaden ihres à la Sarrazin abgefahrenen ehemaligen Verfassungsschützers –, ist im Westen Die Linke mit einer Vielzahl von Wahlkampfkonkurrenten („Wettbewerbern“) konfrontiert. Wenn SW die Zustimmung ‚von die einfache Leit‘ erreichen will, muß sie gegen deren Verdacht, etwas mit der genderistischen westdeutschen Linken zu tun zu haben, ankämpfen und den Genderismus, der inzwischen ganz oben in der westdeutschen Bourgeoisie angekommen ist, demonstrativ verurteilen. Hier im ‚Westen‘ muß Die Linke auch nicht für die Rettung der Ossi-Identität gegen den ‚westlichen‘ Kapitalismus kämpfen, sondern sich in den ‚Wettbewerb‘ mit einer Vielzahl politisch meist unscheinbarer Giftpflanzen und fleißiger Lieschen für einen bescheidenen Platz an der Sonne begeben, ein Kampf, bei dem SW von den Genderisten ständig Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Zu allem Überfluß hat Die Linke auch noch zwei gestandene Ossi/Wessi ‚linksradikale‘ Spitzenkandidaten aufgestellt in der sicheren Erwartung, daß sie knapp unter oder über den magischen 5% landen wird. Zur Verhinderung der zu erwartenden Katastrophe wäre SW.s westdeutscher WASG-Aufguß daher eigentlich auch das notwendige Korrektiv gegen den sich krebsartig ausbreitenden Genderismus nach der Devise: Getrennt marschieren, vereint schlagen. Dazu wäre die bisher nur in Ossiland erfolgreich gewesene Strategie (friedliche Koexistenz mit der AfD und ‚gerechte Teilung‘ des ‚rechten‘ Wählerpotentials im gemeinsamen Kampf gegen die CDU) auch auf Westsilанд zu übertragen, was in etwa den gesamtdeutschen Bestrebungen der früheren SED entspräche. Ein schwieriges Blatt in diesem Wahlkampf-Poker. Wobei noch nicht zu entscheiden ist, ob die ‚aktivistischen‘ Stoßtrupps der radikal ‚antinationalen‘ Wessi-Linken der Mutter-Partei nicht nur in Berlin und Ossiland, sondern auch dem westdeutschen Wahlkampf zur Verfügung stehen werden, wo sich ihr bürgerkriegserprobter ‚Kampf gegen Rechts‘ eigentlich als

kontraproduktiv erweist: die antinationalen linken Stoßtrupps lassen sich aber je nach politischer Großwetterlage beliebig an- und wieder abschalten. (243)

Die bis hierhin über SW.s Buch geführte Debatte entpuppt sich daher eher als Scheingefecht. Jedenfalls angesichts der auch für die deutschen Verhältnisse nicht zu vernachlässigenden Widersprüche (wie die Beziehungen der BRD zu dem in Syrien herrschenden Kriegsverbrecher-Regime), wozu SW sich nicht oder höchstens in leeren Redewendungen äußert und es vorzieht sich in ihrer Wahlkampf-Analyse auf gängige politologische Plattheiten und Bertelsmann-Demoskopie zurückzuziehen.

Die EU wurde bekanntlich als Gegenentwurf gegen künftige Weltherrschaftsambitionen des Nationalsozialismus *und* der Sowjetunion gegründet (siehe: Hitler-Stalin-Pakt). Da beides immer noch nicht ganz und gar Geschichte ist, bleibt die EU, die von allen Seiten unter Dauerbeschuß steht, ein großes Ärgernis für das Kräftespiel der heutigen Großmächte und der chinesisch-russisch-iranischen ‚Achse‘ ein Dorn im Auge als ein nicht zu übersehendes Hindernis, bei ihrem Versuch, den eurasischen Kontinent unter chinesischer Oberaufsicht zwischen dem Neuen Zarentum und verschiedenen orientalischen Despoten neu aufzuteilen. Wenn »**Europa**«, nicht ‚lieber rot als tot‘ sein soll und will, wird es im Bündnis mit dem Staat Israel und als Vorposten und Brückenkopf des ‚Westens‘ auf dem eurasischen Kontinent zur Überlebensversicherung gegen die weltweite Offensive des Orientalischen Despotismus werden »**müssen**«, der unter dem Kommando der KPCh *und* (ungeachtet des Völkermords an den Uiguren) im Zusammenspiel mit dem Islamismus (siehe den Besuch der Taliban in Moskau) ihre Vorherrschaft auf dem eurasischen Kontinent errichten will. (244)

Die Mehrheit der ‚68er‘ und der Wessi-Linken gehörte schon immer zu den Vertretern der ‚Zwei-Staaten-Theorie‘ und der ‚Go-West‘-Strategie des SED-Staats. Stalins Deutschland-Note (1952) war der letzte Versuch, um für die Durchsetzung seiner europäischen ‚Vom Atlantik bis zum Ural‘-Strategie den Fuß in der Tür zu behalten. Der politische Verzicht auf die ‚Wiedervereinigung‘ taucht als Pendant zur ‚Zwei-Staaten-Theorie‘ in Verbindung mit dem ‚anti-imperialistischen‘ Dritte-Welt-Mythos der ‚68-er‘ als Gegenentwurf zu Stalins ‚sozialistischer‘ Lösung der ‚Nationalen Frage‘ wieder auf, zu dessen ‚Avantgarde‘ in Wessiland die RAF wurde. Also: analoge Fortsetzung der Stalinschen ‚Go-West‘-Strategie minus Lösung der ‚Nationalen Frage‘, mit anderen Worten: Projektion der ‚Go-West‘-Strategie Stalins und Ulrichts, jetzt aber nicht mehr nach Wessiland, sondern in die ‚Dritte-Welt‘, ohne als gestandene ‚Antiimperialisten‘ Stalin- und Ulricht-Anhänger werden zu müssen – und wohl eher zu Anhängseln der Stasi.

Um die ‚Nationale Frage‘ kümmerte die Wessi-Linke sich exklusiv nur in der ‚Dritten Welt‘, nicht jedoch auch im geteilten Deutschland, dessen ‚Wiedervereinigung‘ sie von vornherein unter ‚Nationalismus‘ und ‚nationalsozialistischem Gedankengut‘ abbuchte. Die Projektion der ‚anti-imperialistischen‘ Lösung der Nationalen Frage auf den Nahen Osten setzte aber zwangsläufig die Zustimmung zur Liquidierung des Staates Israel voraus. Damit bewegte sich die RAF straight in der Kiellinie des Ober-Muftis von Jerusalem, der bei Hitler ein- und ausging, aber auch um nichts weniger auf der Linie Stalins, der allzu gerne in Israel einen mit sowjetischem Zionismus imprägnierten Sowjetstaat errichtet gesehen hätte, zur selben Zeit übrigens, als er den sowjetischen Juden das vergiftete Angebot unterbreitete, sie aus Sowjet-Rußland ‚auszusiedeln‘, um in Birobidjan an der Grenze zu China (nahe dem Zusammenfluß von Amur und Ussuri) einen jüdischen Sowjetstaat errichten zu dürfen (eine kaum andere Ausbürgerungs-Politik, an der Assad unter dem Schutz Putins mit der Niederschlagung der demokratisch-antiimperialistischen Kulturrevolution in Syrien wieder angeknüpft hat). In der Strategie der RAF verschränkt und verknoten sich also auf ganz eigentümliche Weise und unentwirrbar die ‚Nationale Frage‘ im Nahen Osten mit der ‚Nationalen Frage‘ in Deutschland und findet in der globalen Dimension zweier eng miteinander verknüpften und zusammenhängenden ‚Nationalen Fragen‘

heute in der Dritte-Welt-Strategie der westdeutschen Linken (siehe auch: Noam Chomsky oder Edward W. Said) ihre Fortsetzung: ein Knoten, der für die ‚westlichen Linke‘ allein durch die Flucht nach vorn (in die ‚Dritte Welt‘) auflösbar erscheint.

Mein vorläufiges Fazit: SW erweist sich in ihrem Buch, verglichen mit ihren ‚Mitbewerbern‘, zur BT-Wahl als die strategisch entschlossenste Forstsetzerin der Stalin-Note von 1952, während die RAF zunächst einmal Geschichte ist. Dabei stehen ihr die genderistischen Wessi-Linken, auf die die Berliner Die Linke mit der genderistischen Übersteigerung der ‚68er‘ Kulturrevolution und dem Ziel ihrer politischen Liquidierung gesetzt hat, unmittelbar im Wege. Die Alternative: sozialistische Ergänzung der bisher vom ‚Westen‘ dominierten ‚Wiedervereinigung‘ und deren ‚Vollendung‘ durch die vom ‚Osten‘ ausgehende Wiederaufnahme der Stalinschen ‚Go-West‘-Strategie als Realisierung der in der Stalin-Note enthaltenen Perspektive eines Europas vom Atlantik bis zum Ural (bzw. Ussuri) – eine Strategie, die überdies von Putins Neuem Zarentum wieder aufgenommen wurde: als großrussische Lösung der ‚Nationalen Frage‘ mit einem starken sozialen Touch, wie er auch Marine Le Pen vorschwebt. (SW.s Affinität zu den ‚Gelbwesten‘ ist hinlänglich bekannt!) Zumal eine Lösung, die 1989 unter dem Druck der Ereignisse (und des Staatsbankrotts) aber nicht mehr zu realisieren war: also im Endeffekt die nachgeholte sozialistische Wiedervereinigung des SED-Staats mit der westdeutschen ‚Arbeiterklasse‘ beginnend mit einer Neuauflage der WASG anstelle der Stalinschen KPD und der Brandt-Breschnew-schen DKP.

Am 2. Juni 1967 haben sich der 6-Tage-Krieg auf dem Sinai und die Stasi-Provokation an der Bismarckstraße, die zur Geburt der ‚Studentenbewegung‘ führte, orakelhaft miteinander verschärkt: zu einer Verschmelzung der ‚Nationalen Frage‘ in Deutschland mit derjenigen im Nahen Osten. Wenn in den 50er Jahren die BRD nicht von sowjetischen Panzern hatte überrollt werden wollen und das westdeutsche Kapital wieder Zugang zum ‚westlich‘ dominierten Weltmarkt finden sollte, dann mußte Adenauer mit Ben Gurion einen Deal abschließen, und die Kommunisten Israels mußten den Traum vom zionistischen Sowjetstaat in Palästina hinter sich lassen.

Hier fehlen, abgesehen von einer noch ausstehenden fundierten Kritik an SW.s Buch, noch die GPKR und der Maoismus.

Fazit: Wir sollten uns von SW.s Kleine-Leute-Sozialismus nicht einlullen lassen. Mit ihrer sanfteren Version der Stalinschen ‚Go-West‘-Strategie und ihrem Versuch der restlosen Liquidierung der ‚Studentenbewegung‘ mit deren revolutionärer historischen Singularität, von der der Pariser Mai (wegen der Dominanz der KPF) nur ein harmloser Abklatsch war, gehört SW in ihrem Buch heute eindeutig zu den politisch radikalsten Verfechtern des Putinismus in Deutschland; womit verglichen die Stasi-Postille *junge Welt* sich wie ein Kirchblättchen liest. (253)

Die abtretende Merkel-Regierung vereinte in sich die konkrete Erfahrung mit der Neuen Bourgeoisie und dem borussischen Stamokap unter dem Tschekismus der Stasi. Diese Erfahrung wird die Aachener Kopie Merkelscher Politik nur durch die Wiederauflage des Adenauer-Kurses einigermaßen wettmachen können, der, ähnlich wie sein Vorbild, als Vertreter des äußersten ‚Westens‘ gegen den zunehmend expansionistischer agierenden Osten aufreten müssen.

Zu guter Letzt: künftig wird auch die KAPITAL-Lektüre vom Wertgesetz bis zur Trinitarischen Formel eine radikal entgegengesetzt verstandene Interpretation erfahren müssen, um sich gegen Kapital *und* Stamokap kritisch zu bewaffnen: gegen den verstaatlichten Proudhon-, Lassalle-, Dühringschen etc. Sozialismus und Antisemitismus einerseits und gegen Sahra Wagenknechts Kleine-Leute-Sozialismus andererseits als dem in seiner Konsequenz am weitesten gehenden und daher auch radikalsten Realisierungsversuch Stalin-/Putinscher ‚Go-West‘-Strate-

gie: einer DDR-gebundenen *und* einer auf die BRD-bezogenen Vorgehensweise, die beide einander ganz hervorragend ergänzen.

Zu dieser Partei gehört im übrigen nicht nur das, was sie öffentlich äußert, sondern vor allem auch das wozu sie sich nicht äußern will, obwohl bestimmte Widersprüche zwischen konträren Ansichten, die von Parteimitgliedern öffentlich geäußert werden, eigentlich nahe liegen. Während in SWs Kapitalismuskritik der vergangene Reale Sozialismus, der nicht vergehen will, ebensowenig thematisiert wird, wie beispielsweise die mörderische Politik des Assad-Regimes, die bewirkt hat, daß Europa von Flüchtlingen überflutet wird. Das ganze hat Methode. Das zeigt sich auch daran, daß der Inhalt ihres Buches in der Genderismus-Frage der offiziellen Linie ihrer Partei widerspricht, was zu laut vernehmlichen Einzelstimmen geführt hat, man möge sie wegen rechtslastiger Argumente aus der Partei ausschließen, die Parteivorsitzenden aber keinen Anlaß sehen, diesem Wunsch nachzukommen. SW ist auch nicht irgendwer; sie hätte auch Parteivorsitzende werden können und hat in dem nordrhein-westfälischen Ableger Der Linken immer noch eine führende Position. Ihr historischer Soziologismus lockt normalerweise keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Hier aber sollte man auf jedes Wort achten, weil darin die Vorstellungen von RRG als künftige Regierung jenseits der früheren DDR, die die Partei Die Linke weiterhin vertritt, erkennbar werden.

In der Linken stellt sich die Frage: auf welches Kleinbürgertum soll sie setzen? Das imperialistische Kleinbürgertum aus der ‚Studentenbewegung‘ und das der neuen Intelligenzija oder das traditionelle Kleinbürgertum. Beide gibt es nicht zum gleichen Preis! ‚Am liebsten beide‘, geht nicht! Das wird die Partei früher oder später auseinanderreißen!

Im Grunde ist SW ein Geschenk des Himmels, weil durch ihren historischen Soziologismus dessen völliges Ungeeignetsein deutlich wird.

Anfang Juli 2021

gepostet am 25.09.2021